

Besprechungsprotokoll

Besprechung:	Überhöhung und Umwidmung der Deponie Roter Hau II		
Termin:	14. März 2018		
Besprechungsort:	1G-09		
Beginn:	10:00 Uhr	Ende:	12:45 Uhr
Verfasser:	Stefan Pflügner		
Anlage/n:	-		
TeilnehmerInnen:	Frau Grüntjens (RP Tübingen, Körperschaftsforstdirektion), Herr Häckel (Büro Zeeb), Herr Dr. Duvenhorst und Frau Graf (FD 24 - Forst), Frau Heinhold und Herr Miller (FD 32 - Wasser), Herr Nägele, Frau Lang und Herr Pflügner (FD 15)		

1	<p>Ausgangslage/Veranlassung</p> <p>Der Alb-Donau-Kreis wird im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens (PFV) die Überhöhung und Umwidmung der Deponie Roter Hau II in Ehingen, Gemarkung Kirchen, beim zuständigen Regierungspräsidium Tübingen beantragen. Zur Endfassung der einzureichenden Planunterlagen waren die noch unklaren Punkte betreffend Forst/Wald und Wasser abzustimmen.</p> <p>Nach kurzer Vorstellung des Vorhabens und der Genehmigungshistorie der Deponie durch Herrn Nägele wurden die beiden Sachgebiete Forst und Wasser diskutiert.</p>
2	<p>Forst</p> <p>In den Unterlagen des Planfeststellungsantrags muss detailliert dargestellt werden, in welche bestehenden Waldbereiche eingegriffen wird bzw. schon wurde. Entsprechend sind alle betroffenen Waldflächen im Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) vom Büro Zeeb entsprechend zu bilanzieren. Unter dem forstlichen Ziel eines Wirtschaftswaldes gilt der Grundsatz, dass die vor Errichtung der Deponie vorhandenen Waldflächen nach Stilllegung der Deponie vollständig wiederhergestellt werden müssen. Denkbar ist jedoch auch der Erhalt einer Offenlandstruktur als Biotop bis max. 10 % der aufzuforstenden Fläche. Der entsprechend überarbeitete LBP sollte vorab an die Forstdirektion beim RPT zur Abstimmung versandt werden.</p> <p>Im PF-Antrag muss ein konkretes Zeitfenster benannt werden, in welchem die Deponie betrieben, anschließend stillgelegt und rekultiviert bzw. wiederaufgeforschet wird. Hier sollen als Betriebszeitraum ab Planfeststellung ein Zeitraum von 20 Jahren und bis zum Abschluss der Rekultivierungsmaßnahmen weitere 5 Jahre angesetzt werden. Entsprechend kann die Waldumwandlungsgenehmigung auf</p>

25 Jahre befristet werden. Sollte dieser Zeitraum aufgrund div. Einflussfaktoren (Rückgang Abfallmengen, Marktlage etc.) überschritten werden, kann beim vorliegenden Sonderfall der Rekultivierung/Oberflächenabdichtung von Deponien auf eine Ausgleichszahlung verzichtet werden.

Die Rekultivierungsschicht sollte im PF-Antrag differenziert nach DK0 und DK1-Bereich dargestellt und beschrieben werden. Aufgrund der praktischen Ausführbarkeit wird die Rekultivierungsschicht jedoch über den gesamten Deponiekörper in einheitlicher Mächtigkeit ausgeführt. Aufgrund der unverhältnismäßigen Mehrkosten für eine Dicke von ehemals geforderten 2,50 m, ist aus forstlicher Sicht für die Rekultivierungsschicht eine Dicke von 2,30 m im losen Einbau und mind. 2 m nach Setzung akzeptabel. Zwingende Voraussetzung ist ein unverdichteter Einbau im Hinblick auf die notwendige Feldkapazität und eine entsprechende ökologische Begleitung. In Bereich der Anböschung an die stillgelegte Deponie Roter Hau I (Stadt Ehingen) ist aus forstlicher Sicht eine auslaufende Rekultivierungsschicht - wie in den Planunterlagen vorgesehen - sinnvoll.

Das vorhandene Erdbecken zur Sammlung des Niederschlagswasser ist aus forstlicher Sicht unbeachtlich, da hierfür bislang weder in den Waldbestand eingegriffen wurde noch zukünftig eingegriffen wird.

Für das bereits gebaute Retentionsfilterbecken wurde mit Entscheidung der Körperschaftsforstdirektion vom 15.02.2016 die dauerhafte Waldumwandlungsgenehmigung mit der Auflage einer Ausgleichsmaßnahme in wertiger Höhe von 1.200,00 Euro erteilt. Die Ausgleichsmaßnahme soll innerhalb des PFV in Absprache mit der unteren Forstbehörde umgesetzt werden und ist entsprechend im PF-Antrag darzustellen.

Wasser

Im Rechtsgebiet Wasser wurden die Auswirkungen der Überhöhung und Umwidmung auf das anfallende Sickerwasser sowie das Niederschlagswassers behandelt. Da sich (theoretisch) Auswirkungen auf die Benutzung des Retentionsfilterbeckens durch einen zusätzlichen Sickerwasseranfall ergeben können, sollte dies inkl. Berechnung der Sickerwassermengen im PF-Antrag dargestellt werden. Sofern die Abweichung von den Angaben der wasserrechtlichen Erlaubnis nur sehr geringfügig ausfällt, bestünde kein Handlungsbedarf; andernfalls wäre die wasserrechtliche Erlaubnis zu ändern oder zu ergänzen.

Für die geplante Versickerung des Niederschlagswassers sind die PF-Unterlagen um eine Darstellung der Einzugs- und Entwässerungsbereiche der gesamten Antragsfläche zu ergänzen (Entwässerungsplan). Weiterhin sind die anfallenden Niederschlagsmengen, welche in das Erdbecken eingeleitet und anschließend versickert werden, zu ermitteln.

Es wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass das RPT beim zweiten Scopingtermin geäußert hat, dass im Rahmen des PFV das anfallende Niederschlagswasser nur bis zur Einleitung ins Erdbecken als relevant betrachtet wird. Nach Ansicht des RPT fallen das Erdbecken und die anschließende Versi-

3	<p>ckerung infolge der bestehenden Genehmigung quasi unter Bestandsschutz. Aus Gründen der Rechtssicherheit soll aber die wasserrechtliche Erlaubnis zur breitflächigen Versickerung des Niederschlagswassers und die Befreiung von der Grundwasserschutzgebietsverordnung im Zuge des PFV erteilt werden.</p> <p>Da die Versickerung in Zone III des Wasserschutzgebiets erfolgt, muss insbesondere die schadlose Beseitigung nachgewiesen werden. Hierfür ist sowohl eine Aussage zum Niederschlagspunkt auf dem Deponiegelände sowie zur anschließenden Versickerung über den Waldboden nötig. Nach Auffassung der unteren Wasserbehörde stellt diese Versickerung des Niederschlagswassers eine erlaubnispflichtige Benutzung dar und bedarf demnach einer wasserrechtlichen Erlaubnis. Die Einzelheiten hierzu werden vorab mit der unteren Wasserbehörde abgeklärt.</p> <p>Ergebnis: Die bisher noch offenen Punkte konnten geklärt werden; Hinderungsgründe für die Durchführung des geplanten Vorhabens bestehen weder im Forst- noch im Wasserbereich. Auf dieser Grundlage wird der FD 15 die PF-Unterlagen entsprechend überarbeiten und ergänzen lassen. Eine anschließende Abstimmung vor Einreichung des PF-Antrags wird von allen Beteiligten befürwortet.</p>		
	Wer macht was:	Termin:	WV:
	Änderung/Ergänzung der PF-Unterlagen durch den FD 15 bzw. das beauftragte Planungsbüro;	bis Ende März 2018	
	Überarbeitung des LBP durch Büro Zeeb (Hr. Häckel); anschließend Abstimmung mit Fachbehörden.	Unverzüglich bis Mitte April 2018	